



Liberal oder sozial?

"Sind wir doch mal ehrlich. Gebühren kommen. Das kannst Du gut oder schlecht finden. Aber anstatt gegen Windmühlen zu kämpfen setzen wir uns für ein sozialverträgliches Modell ein. Das heißt: Du musst Dir Dein Studium leisten können - egal woher Du kommst und egal was Deine Eltern verdienen. Maximum: 500 Euro pro Semester. Und: Jeder zusätzliche Euro muss Deine Studienbedingungen verbessern. Rückzahlung natürlich erst, wenn Du genug verdienst."

Aus dem aktuellen Flyer der Liberalen Hochschulgruppe (LUST) zur SP-Wahl 2006.

"Freiheit bedeutet für den modernen Liberalismus ... nicht länger die Freiheit eines aus der Gesellschaft herausgedachten, dem Staate entgegengesetzten autonomen Individuums, sondern die Freiheit jenes autonomen u n d sozialen Individuums, wie es als immer zugleich einzelhaftes u n d gesellschaftliches Wesen in Staat und Gesellschaft wirklich lebt. ... Liberalität und Demokratie auch in der Sphäre der Gesellschaft, wie zuvor in der Sphäre des Staates, aus dem gleichen revolutionären Gedanken der Menschenwürde und Selbstbestimmung, um den alle Verwandlung schon des unfreiheitlichen Obrigkeitsstaates in einen freiheitlichen Rechtsstaat sich dreht, führt zu einer grundlegenden Veränderung des überkommenen und unfreiheitlichen Ständestaates oder Klassenstaates hin auf einen freiheitlichen Sozialstaat."

Aus den "Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik" von 1971, dem ersten F.D.P.-Grundsatzprogramm.

Sind wir doch mal ehrlich: Fatalismus ist langweilig. Entsprechend bieder ist das gesellschaftliche Programm, das die Liberale Hochschulgruppe ihren bunt umworbenen Wähler-Kunden verkaufen will. Voll auf der Westerwelle surfen die liberalen Sunnyboys and -girls ideologisch zurück über Heintje in die 1950er Jahre. Ludwig Ehrhard würden sie am liebsten posthum dafür exkommunizieren, daß er trotz seiner restaurativen Relativierung aller sozialen Schlußfolgerungen aus der Befreiung von 1945 den Begriff "soziale" Marktwirtschaft etablierte. Weg mit dem Sozialstaatsklimbim der 1970er Jahre: Gesellschaft ist, was den Individuen die Freiheit raubt, Staat ist Unterdrückung, und gute Politik ist "wenn Du genug verdienst".

Hochschulpolitisch sind sie konsequent auf Dräger-Linie. 500 Euro allgemeine Studiengebühren kommen sowieso, weil ‚der Standort‘ es so will - sind also richtig. "Sozialverträgliches Modell" bedeutet Darlehensfinanzierung mit kräftigen Kreditgewinnen für die Banken, und am besten wandelt man die Unis sowieso in Stiftungen um, die direkt durch Unternehmensspenden finanziert werden, weil ‚die Wirtschaft‘ ja

ohnehin das Sagen hat - und haben soll. Das nennt sich dann "in der Realität etwas bewegen" (Haupt-slogan der LHG/LUST).

Realität ist: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das heißt Gleichheit vor dem Gesetz und Freiheit des Individuums sind heute höchstens so weit realisiert, wie sie sich mit der Freiheit des Eigentums, also der gesellschaftlichen Dominanz der Profitheckerei vertragen. Fortschritt heißt aktuell: Umverteilung von oben nach unten, umfassende Demokratisierung und solidarische Qualifikation für die Emanzipation aller. Dafür braucht es Aufklärung, kritisches Engagement und eine Perspektive über die vorfindliche "Realität" hinaus. Gleiche Entwicklungsmöglichkeiten eines jeden haben die Gleichheit der sozialen und kulturellen Lebensbedingungen aller zur Voraussetzung. Darum geht´s.

Wahlen zum
Studierendenparlament
16. bis 20. Januar 2006:
Urnenwahl

